

Offener Brief an die
Mitglieder der
Stadtregierung Mannheim,
OB Dr. Kurz sowie die
lokale Presse

Zur Kenntnis:

Deutsche Bundesregierung, Ursula
von der Leyen (EU-Kommissionspräsidentin)

25.09.2020

Aufruf an die Stadtregierung den Druck auf das Bundesinnenministerium zu erhöhen, um die Aufnahme von Bewohner*innen des Camps Moria zu ermöglichen

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit Monaten suchen Städte und Kommunen nach Möglichkeiten Menschen aus dem überfüllten Geflüchtetenlager Moria zu holen. Die Angst eines Corona Ausbruches im überfüllten Lager war angesichts der miserablen Hygienebedingungen besonders groß. Der Bund und vor allem das Innenministerium unter Leitung von Horst Seehofer hat seit Monaten das Engagement und die Aufnahmebereitschaft blockiert.

Vor einigen Tagen ist dieses Lager aus noch nicht völlig geklärten Gründen abgebrannt. 12.000 Menschen irren ohne jegliche Unterbringungsmöglichkeiten über die Insel. Viele sind über Nacht obdachlos geworden und verletzt. Nun kommt noch eine rasch ausbreitende Corona Welle hinzu, die bis Anfang September verhindert werden konnte. Seit dem ersten Fall Anfang September sind nun schon 213 Infektionen gezählt. Ohne ausreichende ärztliche Versorgung und Hygiene geschweige denn ausreichender Social-Distancing Möglichkeiten ist die nächste Katastrophe in der langen Leidensgeschichte dieses Lagers und den dort lebenden Menschen vorprogrammiert. Die zögerliche Reaktion der Bundesregierung ist beschämend und spätestens jetzt nicht unverzüglich und angemessen zu reagieren ist fatal und macht wütend.

Es ist Zeit, dass Europa und Deutschland endlich Verantwortung übernimmt und Mannheim als ehemalige Erstaufnahmestelle für Geflüchtete in Baden-Württemberg sollte sich dieser Verantwortung besonders bewusstwerden. Das bedeutet nicht nur Bereitschaft zu zeigen Geflüchtete aufzunehmen, als Mitglied des Bündnisses Sicherer Häfen der Organisation Seebrücken, welchem Mannheim seit Mai 2020 angehört. Es bedeutet auch die Punkte 7 und 10 aus dem vom Gemeinderat unterstützten Antrag zum Beitritt des Bündnisses zu vertreten und in die Tat umzusetzen (Seebrücke 10/2019):

Punkt 7:

sich gegenüber dem Bundesland und der Bundesregierung für die Schaffung rechtlicher und finanzieller Rahmenbedingungen einsetzt, mit denen die Kommunen die Aufnahme von Menschen auf der Flucht über die Verteilungsquote hinaus tatsächlich selbstbestimmt realisieren können.

Punkt 10:

sich auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene aktiv für die Umsetzung der oben genannten Punkte einsetzt. Dafür vernetzt sie sich mit anderen Städten und tritt dem kommunalen Bündnis "Städte Sicherer Häfen" bei. Sichere Häfen setzen sich in ganz Europa für eine menschenrechtskonforme europäische Migrationspolitik und ein Ende der Abschottungspolitik ein.

Aufbauend auf diesen Punkten - Unsere Forderungen:

1. Nach dem teilweisen Umbau der Kasernen und dem Abbau des Erstaufnahmezentrums fordern wir eine neue Evaluierung der Kapazitäten für die Geflüchtetenaufnahme. Da Mannheim in Höchstzeiten der „Flüchtlingskrise“ bis zu

12.000 Menschen unterbringen konnte, hoffen wir, dass die Stadt gewisse Kapazitäten wieder aktivieren kann. Wir fordern, dass diese Kapazitäten so schnell wie möglich öffentlich gemacht werden. Die angekündigte Bereitschaft von OB Kurz 50 Flüchtlinge aufzunehmen ist ein Anfang, doch wir hoffen auf mehr.

2. Wir hoffen auf die Zusammenarbeit des Integrationsbeauftragten und des Jugend/ Gesundheitsamtes um ein Konzept vorzustellen, das es ermöglicht in der Coronazeit neuangekommene Geflüchtete unterzubringen und zu versorgen.
3. Da die Städte und Kommunen keine Geflüchteten aufnehmen können, wenn diese auch nicht einreisen dürfen, fordern wir die Stadt Mannheim dazu auf Druck auf Landes- und Bundesebene zu machen. Viele Städte versuchen seit Monaten den Menschen aus Moria zu helfen und bieten dem Bund an, Geflüchtete von dort aufzunehmen, doch das Innenministerium blockiert dieses Engagement kontinuierlich. Wir appellieren an die Stadtregierung den Druck zu erhöhen.
4. Mannheim sollte sich mit anderen Städten und Kommunen zusammenschließen und den Druck auf die Bundesregierung so flächendeckend wie möglich vergrößern. Ein Bündnis der Stadtregierungen in ganz Deutschland ist ein wichtiger Schritt, um den Druck auszubauen. Die 174 deutschen Städte, die sich offiziell zu Sicheren Häfen erklärt haben, dienen hierbei als schon bestehende Verbindung, die von den Stadtregierungen nur aktiviert werden muss. Außerdem sollte sich Mannheim den 10 Städten anschließen, die am 11. September ihre Bereitschaft erklärt haben, vermehrt Geflüchtete aufzunehmen und die Unterstützung der Bundesregierung zu fordern.

Schon mit der Aufnahme von je 50 Geflüchteten (zwei Schulklassen) in den 81 deutschen Großstädten, können über 4000 Menschen aus den menschenunwürdigen Zuständen auf Moria gerettet werden. Das ist knapp ein Drittel aller Camp-Bewohner*innen. Zusammenarbeit ist nötig, um allen Bewohner*innen des Camps zum ersten Mal seit Jahren eine sichere Unterkunft zu bieten.

Dass die Bundesregierung sich bereit erklärt hat 1500 Geflüchtete aufzunehmen ist ein erster Schritt. Die Kehrseite dieser Medaille ist jedoch, dass nur sowieso Menschen mit schon akzeptierten Asylanträgen gerettet werden. Die Restlichen knapp 9.000 Geflüchteten werden weiter in einer verwüsteten Lebenssituation zurückgelassen. Die Kommunen haben sich nicht umsonst bereit erklärt zu helfen. Und sogar 16 Unionsabgeordnete haben in einem Brief mindestens die Aufnahme von 5500 Menschen im Falle gefordert, dass europäische Hilfe zu langsam ist! Wir haben Platz, die Unterstützung der Bevölkerung und einer breiten Gruppe von Politiker*innen. Diese Menschen brauchen Hilfe, und zwar jetzt!

Nach der Zerstörung des Lagers kann es nun keine Toleranz mehr für weitere Aufschiebungen seitens der Bundesregierung geben, denn der Notfall, vor dem seit Monaten von vielen Organisationen und bestimmten Politiker*innen gewarnt wird, ist nun eingetreten. Schnelles Handeln ist notwendig!

Die unterstützenden Bürger*innen und Organisationen hoffen auf ein solidarisches Handeln der Stadt und bieten Hilfe und Zusammenarbeit an, um den Menschen in Moria zu helfen. Die Bürger*innen Mannheims sind bereit zu helfen, also kämpfen Sie dafür, dass wir endlich die Möglichkeit dazu bekommen und den Menschen in Moria aus ihrem Leid in ein besseres und sicheres Leben helfen können.

Wir freuen uns auf Ihre Antwort und einen Plan, in dem Sie uns erklären werden, wie Sie mit anderen Städten zusammenarbeiten werden, um die fortwährende Blockade der Bundesregierung zu brechen.

Mit freundlichen Grüßen,

Amnesty International HSG

Caritasverband Mannheim e.V.

Dekan Karl Jung, Katholische Kirche Mannheim

Dekan Ralph Hartman, Evangelische Kirche Mannheim

Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Mannheim e.V.

DGB Kreisverband Mannheim/Rhein-Neckar

Leselernhelfer e.V.

Save Me Mannheim – eine Stadt sagt ja

Seebrücke Mannheim

Stadtjugendring Mannheim e.V.

Unicef Mannheim HSG

Volt Baden-Württemberg

